

Wahlprogramm
zur Abgeordnetenhauswahl 1999
der Freien Demokratischen Partei
Landesverband Berlin

„Programm für Berlin“

**PROGRAMM FÜR BERLIN
BESCHLÜSSE DER F.D.P. BERLIN zur Abgeordnetenhauswahl 1999 (Archiv)**

Von der Hauptstadt der Bürokraten zur Metropole der Bürger

Die F.D.P. setzt auf mehr Freiheit für die Bürger.

Kreativität und Engagement der Bürgerinnen und Bürger sind die Bausteine aus denen die Zukunft Berlins gebaut wird!

Wirtschaft schafft Arbeitsplätze für Berlin - Handwerker, Dienstleister, Freiberufler und Existenzgründer müssen von komplizierten Verwaltungsvorschriften befreit werden!

Geringe Abgabenlast bedeuten mehr Arbeitsplätze in der Wirtschaft - die Gewerbesteuer soll schrittweise abgeschafft werden und die Bürger und Unternehmer von ständig steigenden Abgaben für öffentliche Dienstleistungen und Sozialsysteme befreit werden!

Konkurrenz und Wettbewerb führen zu besserem Service und niedrigeren Preisen - die Bürger müssen von überhöhten Preisen und schlechtem Service der Monopolisten BEWAG, GASAG und BVG befreit werden. Was beim Telefonieren funktioniert hat, funktioniert auch bei Gas, Wasser, Strom und öffentlichen Nahverkehr!

Freiheit für Schüler und Schulen bringt mehr Vielfalt und Qualität in unser Bildungssystem - die Bürger sollen von mittelmäßigen Schulen, von beamteten Lehrern befreit werden. Eltern und Schüler sollen sich Ihre Schule selber aussuchen können, wie auch die Schulen ihre Lehrer!

Forscher, Lehrende und Studierende müssen ihre eigenen Ideen umsetzen können, um zu Höchstleistungen motiviert zu werden - Hochschulen und Forschungseinrichtungen müssen von staatlicher Bevormundung befreit werden!

Kultureinrichtungen sollen selbst über die Verwendung von Geld und Personal entscheiden und ihre eigenen Mittel erwirtschaften können - Kultureinrichtungen müssen vom Gängelband der Politiker und Beamten befreit werden! Bürger aus verschiedenen Kulturen, Religionen und Nationen leben friedlich zusammen - unser Berlin braucht die Vielfalt einer Weltstadt statt der Einfalt der Stammtische.

Prävention und Aufklärung auf den Straßen Berlins sind Aufgaben der Polizei, nicht das Ausfüllen von Formularen in den Amtsstuben - die Bürger müssen von der Bedrohung durch die Kriminalität befreit werden. Die Verfolgung von Raub und Mord muß Vorrang haben vor der Jagd auf Falschparker!

Nur mehr Freiheit wird unserer Stadt den nötigen Entwicklungsschub geben - die Berlinerinnen und Berliner müssen befreit werden von den Fesseln einer ausufernden Regelungswut des Staates.

Liberales Programm für Berlin

Gerade in der Bildungs-, Wirtschafts- und Verkehrspolitik wird die Einengung und Beschränkung der Freiräume des Einzelnen durch staatliche Bevormundung besonders deutlich.

Unsere liberalen Vorstellungen werden wir deshalb in diesen Politikfeldern ausführlich darstellen.

Wirtschaft - wir schaffen Arbeit !

Berlin ist in Sachen Wirtschaftswachstum das Schlußlicht der Bundesländer. Die Verschuldung Berlins steigt weiter an, die Entscheidungsstrukturen der Stadt sind verkrustet, und die Arbeitslosenquote verharrt auf einem unerträglich hohen Niveau.

Nur die F.D.P. steht für eine auf Marktwirtschaft, Wettbewerb und Eigeninitiative ausgerichtete Erneuerung Berlins !

Arbeitsplatzschaffende Wirtschaftspolitik

Konkurrenzfähige und dauerhafte Arbeitsplätze werden durch Unternehmen geschaffen. Die herausragende Rolle spielen dabei der Mittelstand, das Handwerk, die Freien Berufe und die Selbständigen. Sie stellen rund 80 % aller Arbeitsplätze und schaffen die meisten Ausbildungsplätze.

Wir wollen den Gewerbesteuerhebesatz in Berlin innerhalb der nächsten drei Jahren auf Null senken. Alle Abgaben und Gebühren sind zu überprüfen und auf dem jetzigen Niveau einzufrieren. Innerhalb der nächsten drei Jahre sind sie mindestens auf Bundesdurchschnitt zu senken. Wir wollen den Marktzugang für mittelständische Unternehmen zu den staatlich monopolisierten Dienstleistungen wie z.B. öffentlicher Nahverkehr, Wasserversorgung und Müllbeseitigung wesentlich erleichtern. Das bestehende Vollzugsdefizit in der Auftragsvergabe des Landes Berlin muß abgebaut werden.

Wir treten für zukunftsfähige Unternehmensgründungen mit Hilfe von Wagnisfinanzierungen (Venture Capital Fonds) ein. Die F.D.P. will eine Stelle schaffen, die kapitalsuchende Unternehmensgründer und private Finanziere zusammenbringt. Landesbürgschaften für Wagniskapital lehnt die F.D.P. ab.

Die Landesbank Berlin (LBB) ist im Interesse der Rücknahme von Einflußmöglichkeiten von Politik und Staat zu privatisieren.

Die Betriebe und Privathaushalte in Berlin müssen finanziell entlastet und die Preise für Strom, Gas, Wasser, Straßenreinigung, Müllabfuhr gesenkt werden. Hier hilft nur eins: Wettbewerb! Solange die entsprechenden Monopole bestehen, bringt der Verkauf z.B. der BEWAG und GASAG-Anteile den Kunden keine Preisvorteile.

Die durch die F.D.P. vorangetriebene Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes hat zur die durch die F.D.P. vorangetriebene Liberalisierung des Ladenschlußgesetzes hat zur Flexibilisierung der Arbeitszeit beigetragen und neue Arbeitsplätze geschaffen. Wir fordern die Abschaffung des Ladenschlußgesetzes für ein weltoffenes Berlin!

Die Entwicklung der Innovations- und Wissenschaftszentren in Berlin und Brandenburg ist zu koordinieren. Am Wirtschafts-, Universitäts- und Großforschungsstandort Adlershof wird die Ansiedlung informatik-, physik- und chemienaher Entwicklungsfirmen unterstützt, um zukunftssichere Arbeitsplätze zu schaffen.

Handlungsfähiges Berlin

Die Entwicklung Berlins und seiner Wirtschaft wird durch ein Dickicht von Bürokratie und Vorschriften behindert. Die Genehmigungsverfahren, die in den Bezirken unterschiedlich gehandhabt werden, sind unübersichtlich und langwierig. Unternehmen und Existenzgründer werden behindert. Sie machen um in die Stadt einen großen Bogen. Berlin muß sich auf die Anforderungen an eine Weltstadt im Wettbewerb einstellen.

Die Berliner Verwaltung muß eine einheitliche und damit handlungsfähige Verwaltung werden. Alle gesamtstädtischen Verwaltungsaufgaben, wie z.B. das Personalwesen sind von der Senatsverwaltung zu erfüllen. Eine "Blockade von unten" durch die Bezirke darf es nicht geben. Die Verwaltung ist auf ein Minimum zu reduzieren und sowohl leistungs- als auch bürgerorientiert zu gestalten.

Wir wollen investitionshemmende Vorschriften beseitigen. Genehmigungsverfahren sind möglichst durch Anzeigeverfahren zu ersetzen, um den Unternehmen größere Entscheidungsspielräume zu geben. Die Genehmigungsfristen müssen verkürzt werden.

Bürger und Unternehmen brauchen kompetente und ständig erreichbare Ansprechpartner in den Verwaltungen. Es ist eine "One Step Agency" einzurichten, die Investoren berät und Genehmigungsverfahren berlinweit koordiniert. Ein privat zu bewirtschaftender Flächenpool für berlineigene Grundstücke soll diese Einrichtung unterstützen. Berlin braucht endlich eine investitionsorientierte Bodenvorratspolitik für ein sofort verfügbares Flächenangebot.

Wir treten weiterhin für die Fusion der Länder Berlin und Brandenburg ein. Sie können ihre gemeinsamen Interessen als europäische Region als ein Land am besten wahrnehmen. Die kommunale und regionale Zusammenarbeit mit dem Umland ist auszubauen.

Vorausschauende Finanzpolitik

Berlin ist pleite! Die Stadt ist laut Bericht 1998 des Landesrechnungshofes mit über 65 Milliarden Mark verschuldet, Tendenz steigend. Der Handlungsspielraum der Landespolitik wird durch den enormen Schuldendienst immer mehr eingeschränkt. Berlin braucht eine radikale Kehrtwendung in der Finanzpolitik.

Die Hauptstadt muß raus aus der Schuldenfalle! Wir wollen ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den konsumtiven und den investiven Ausgaben und den radikalen Abbau der Neuverschuldung. Die Finanzierung konsumtiver Ausgaben durch Schulden muß beendet werden. Das Streichen von Investitionen zur "Sanierung" des Landeshaushalts ist fiskal-, standort- und arbeitsmarktpolitisch unverantwortlich.

Wir wollen eine durchgreifende Haushaltskonsolidierung, bei der folgende Prioritäten gesetzt werden müssen:

Betriebsbedingte Kündigungen und Leistungsorientierung im öffentlichen Dienst Berlins dürfen keine Tabus mehr sein.

Nicht-hoheitliche Aufgaben können durch Private effizienter und vor allem wirtschaftlicher wahrgenommen werden. Diese Aufgaben nur sind dann durch staatliche Stellen zu erledigen, wenn dies nachweislich günstiger ist. Die Zusammenarbeit von privaten Investoren und öffentlicher Verwaltung ist zügig auszubauen (Public Private Partnership).

Das öffentliche Rechnungssystem der Kameralistik ist durch die kaufmännische Buchführung zu ersetzen. Die Landeshaushaltsordnung ist dementsprechend zu ändern.

Alle Subventionen, z.B. an öffentliche Unternehmen, müssen rigoros abgebaut werden.

Berlin verliert durch Schwarzarbeit, "schwarze" Gewerbetreibende und andere Formen der Schattenwirtschaft Steuergelder in Milliardenhöhe. Weil Schwarzarbeit und illegaler Bezug von Sozialhilfe einhergehen, ist die Belastung für den Landeshaushalt eine doppelte. Berlin kann sich das auf keinen Fall leisten und muß endlich in einer konzertierten Aktion aller betroffenen Verwaltungsbereiche für geeignete Gegenmaßnahmen sorgen.

Um dem Wegzug von Familien ins Umland entgegenzuwirken, will die F.D.P. die Eigenheiminitiative erweitern.

Verkehr - wir schaffen Mobilität!

Eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik ist mit einer leistungsfähigen Verkehrs- und Stadtentwicklungspolitik untrennbar verbunden. Die Wirtschaftsstandort Berlin braucht leistungsfähige Verkehrssysteme. Die F.D.P. fördert die Entwicklung aller Verkehrssysteme. Sie grenzt keine Verkehrssysteme oder -teilnehmer aus. Sie setzt auf den technologischen und marktwirtschaftlichen Wettbewerb der Verkehrssysteme und Verkehrsanbieter. Die F.D.P. setzt sich für die freie Wahl des Verkehrsmittels ein !

Beim Ausbau der Verkehrsflächen im öffentlichen Straßenland ist grundsätzlich der jeweils schwächere Verkehrsteilnehmer vor dem stärkeren zu berücksichtigen und ggf. zu bevorzugen.

Ausbau des Berliner Verkehrsnetzes

Berlin hat ein leistungsfähiges Verkehrsnetz, das jedoch fast zehn Jahre nach der Wiedervereinigung noch immer erhebliche Lücken aufweist.

Wichtige Straßenverbindungen in das Umland sind beschleunigt auszubauen, damit Berlin besser erreichbar ist, wie z.B. die Autobahn Neukölln-Schönefeld, die Bundesstraßen B 101 in Lankwitz und die B 2 in Malchow.

Wir wollen die östliche Innenstadt vom zunehmenden Durchgangsverkehr entlasten. Es muß deshalb die Lücke im Stadtautobahnring zwischen Moabit-Beusselstraße und der geplanten Anschlußstelle Frankfurter Allee als Stadtautobahn geschlossen werden. Die Potsdamer Straße und der Tempelhofer Damm müssen entlastet werden. Hierzu soll zwischen dem Tiergartentunnel im Bereich des Potsdamer Platzes und dem geplanten Fernbahnhof Papestraße eine neue Straße gebaut werden.

Der Bau leistungsfähiger und privat finanzierter Park+Ride-Anlagen an zentralen Knotenpunkten des Regional- und S-Bahnverkehrs am Stadtrand und am S-Bahnring ist überfällig.

Das U-Bahn-Netz ist durch den Neubau der U 3 und die Verlängerung der U 5 zu erweitern. Die Neubaustrecken tragen zur Entlastung des Straßennetzes in der Innenstadt bei und erhöhen die Attraktivität des U-Bahnnetzes.

Das Nahverkehrsnetz ist unter der Regie des Verkehrsverbundes in ein Kernnetz (insbesondere Regional-, S-, U-Bahn) und Zubringernetze (insbesondere Tram- und Busverkehr) aufzugliedern. Nur so ist eine wirtschaftliche Netzbedienung möglich. Die "elektronische Fahrkarte" ist in Berlin einzuführen.

Privates Engagement beim Ausbau der Verkehrsnetze

Leere öffentliche Kassen machen die private Entwicklung und Finanzierung öffentlicher Verkehrsinfrastruktur erforderlich. Nur so können Investitionsstau und Instandhaltungsrückstände wirksam angegangen werden.

Die F.D.P. fordert eine unvoreingenommene Auswertung der im In- und Ausland gemachten Erfahrungen mit privaten Verkehrsvorhaben. Anschließend ist in Berlin ein Modell der privaten Finanzierung von Verkehrsanlagen zu entwickeln.

Die für eine private Entwicklung und Finanzierung geeigneten Verkehrsvorhaben sind in Dringlichkeitskatalogen für Straßen und öffentlichen Nahverkehr zusammenzufassen. Die Finanzierung der Vorhaben ist einerseits durch Nutzungsentgelte sicherzustellen und andererseits - soweit möglich - durch die Verbindung von Verkehrsvorhaben mit der baulichen Entwicklung von Flächen zu unterstützen.

Freie Fahrt mit dem Auto

Gängelung statt Partnerschaft beherrscht noch immer die Berliner Verkehrspolitik. Die Chancen des Miteinanders der Verkehrssysteme werden nicht genutzt. Berlin braucht Fortschritt statt Behinderung im Straßenverkehr.

Zonen mit Tempo 30 erhöhen in Wohngebieten und in der Nähe von Schulen und Kindergärten die Sicherheit und Lebensqualität der Bürger. Einen Ausbau auf Vorfahrtsstraßen jedoch lehnt die F.D.P. ab.

Busspuren dürfen keine Verkehrsengpässe verursachen und den Einzelhandel nicht beeinträchtigen. Wir lehnen den Bau neuer Straßenbahnstrecken in der Innenstadt ab. Sie behindern den Straßenverkehr. Das System der Parkraumbewirtschaftung hat sich in Geschäftsstraßen, nicht jedoch in Wohngebieten bewährt. Es soll zur Stabilisierung innerstädtischer Handlungsstrukturen erweitert werden.

Wir setzen uns für die Einführung moderner Verkehrsinformations- und -leitsysteme ein, um eine optimale Auslastung und Verknüpfung der Verkehrssysteme zu ermöglichen. Die F.D.P. ist auch für die Einführung eines touristischen Leitsystems in Berlin.

Der grüne Pfeil hat sich als sinnvoller Beitrag zur Verflüssigung des Straßenverkehrs erwiesen. Er soll daher an weiteren geeigneten Kreuzungen eingeführt werden.

Markt und Wettbewerb im öffentlichen Nahverkehr

Die Leistungen im öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) sollen besser werden und die Fahrscheine günstiger. Es kann nicht sein, daß jeder Berliner, jede Berlinerin aus Steuermitteln den staatlichen Monopolisten BVG jährlich mit 300 DM finanziert. Die F.D.P. will im ÖPNV leistungsgerechte Preise und guten Service. Auch für den ÖPNV gilt: nur Wettbewerb bringt ein besseres Angebot !

Sämtliche Nahverkehrsleistungen, die aus öffentlichen Mitteln bezahlt werden, sollen gemäß den EU-Bestimmungen unter Wettbewerbsbedingungen ausgeschrieben werden. Das Beförderungsmonopol der BVG ist zu brechen. Dies bringt für den Bürger ein besseres Nahverkehrsangebot und spart Steuergelder.

Die Anbieter von Nahverkehrsleistungen müssen ihre Beförderungsleistungen mitgestalten und vermarkten können. Zumindest bei S- und U-Bahn muß es wieder Linientarife geben. Nur so können neue Nahverkehrskunden gewonnen und arbeitsplatzfördernde Wettbewerbs- und Innovationsanreize geschaffen werden.

Flughafen Tempelhof erhalten und Schönefeld ausbauen

Der Ausbau des Flughafens Schönefeld zum internationalen Drehkreuz Berlin Brandenburg International (BBI) ist durch private Investoren zu realisieren. Das Land Berlin hat zusammen mit Brandenburg rechtzeitig für eine entsprechend leistungsfähige Verkehrsanbindung dieses Flughafens zu sorgen. Eine Sonderabgabe für Fluggäste zur Finanzierung des Ausbaus lehnt die F.D.P. ab, da sie rechtlich nicht zulässig ist und unnötige Standortnachteile bringen würde.

Cityflughäfen für den Geschäftsreiseverkehr auf Kurz- und Mittelstrecken haben Zukunft. Berlin verfügt mit dem Innenstadtflughafen Tempelhof über einen großen Standortvorteil, während andere Metropolen innerstädtische Flughäfen erst noch bauen müssen. Im Tempelhofer Flughafengebäude siedeln sich bereits Betriebe an, die eine direkte Anbindung an das Luftverkehrsnetz benötigen, d.h. dort entstehen neue Arbeitsplätze.

Die Schließung des Flughafens Tempelhof wird von der F.D.P. strikt abgelehnt !

Bildung - wir verbessern Chancen !

Bildung ist eine Voraussetzung für die Entfaltung der Persönlichkeit und der Fähigkeiten jedes Einzelnen. Sie trägt wesentlich zur Lebensqualität des Einzelnen in der Gesellschaft bei. Bildung ist die Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg des Einzelnen und unseres Landes.

Die öffentlichen Bildungseinrichtungen müssen Motor bei der Entwicklung Berlins zur Weltstadt sein. Die Qualität ihrer Bildungsangebote bestimmt die Chancen der Stadt im internationalen Wettbewerb. Berlin braucht mehr Leistungsorientierung im Bildungswesen !

Neue, hochwertige Bildungsangebote entwickeln sich derzeit hauptsächlich im privaten Bildungssektor. Bildung wird damit zu einer Frage des Geldes. Das ist für die F.D.P. nicht hinnehmbar. Auch die staatlichen Bildungseinrichtungen müssen eigenverantwortlich handeln können; nur so kann ein fairer Wettbewerb zu privaten Bildungseinrichtungen entstehen. Die F.D.P. will Chancengerechtigkeit statt leistungshemmende Gleichmacherei!

Gute Schulen für Berlin

Wir wollen das Leistungsniveau der öffentlichen Schulen verbessern, indem wir ihnen Freiräume zur Entwicklung eigener pädagogischer Konzepte und Organisationsstrukturen geben. Die Schulen müssen in Zukunft über ein eigenes Budget selbständig verfügen und ihr Personal selbst auswählen und entlassen können. Deshalb sollen in Zukunft nach Änderung des Beamtenrechts Lehrer nur noch als Angestellte der jeweiligen Schule eingestellt werden.

Die staatlichen Finanzaufweisungen an die Schulen sind entsprechend der jeweiligen Zahl der Schüler und der Art der Bildungseinrichtung zu bemessen. Die staatlichen Schulen und die Schulen in freier Trägerschaft sind insoweit gleichzustellen. Die für Lehr- und Lernmittel zur Verfügung stehenden Mittel sind den Schulen zur eigenverantwortlichen Bewirtschaftung zu überlassen. Schulen dürfen über Geld, das selber erwerben, auch eigenständig verfügen, ohne daß ihnen dafür die Zuwendungen gekürzt werden.

Die Schulen sollen der Wertevermittlung mehr Beachtung schenken. Für alle Schüler verpflichtend wird das Fach Ethik/Philosophie unterrichtet. Davon unberührt bleibt die freiwillige Teilnahme an einem Religionsunterricht.

Kindern nicht-deutscher Herkunftssprache ist bereits in der Vorklasse Deutschunterricht anzubieten, um ihre Integration zu fördern. Die Einschulung wird vom Bestehen eines Sprachtests abhängig gemacht.

Der Schulabschluß an der Hauptschule muß künftig wieder zu einer Berufsausbildung qualifizieren. Alle Abgänger müssen in den Arbeits- und Kulturtechniken wie Lesen, Schreiben und Rechnen einen Mindeststandard beherrschen. Daneben muß der praktischen Ausbildung mehr Gewicht eingeräumt werden.

Die Berliner F.D.P. tritt für ein flächendeckendes Angebot von Ganztags- und verbindlichen Halbtagsschulen ein. Gerade verheirateten Müttern und Alleinerziehenden wird so die Berufstätigkeit ermöglicht.

Zur Vielfalt im Bildungssystem gehört, daß alle Gymnasien die Möglichkeit erhalten, Unterricht bereits ab der 5. Klasse anzubieten, entweder mit mathematisch-naturwissenschaftlichem oder sprachlichem Profil. Ausschlaggebend ist die Nachfrage durch die Eltern. Das Abitur soll nach 12 Jahren abgelegt werden.

Schule in Eigenverantwortung muß Mindeststandards beachten. In allen Schulformen werden daher landesweit einheitliche Abschlußprüfungen in den Fächern Deutsch, Mathematik, einer Naturwissenschaft und einer Fremdsprache durchgeführt.

Jede Schülerin und jeder Schüler soll bis zum Jahre 2002 die Möglichkeit erhalten, in der Schule den Umgang mit dem Computer und dem Internet zu erlernen. Höchstens zwei Schüler sollen sich dazu einen Computer teilen.

Mehr Freiheit für die Hochschulen

Die Zukunft Berlins hängt entscheidend davon ab, daß die Landespolitik für die Entfaltung von Hochschule, Wissenschaft und Forschung günstige Rahmenbedingungen schafft. Berlin muß wieder ein Mittelpunkt der Deutschen Hochschullandschaft werden. Hierzu müssen neue Wege beschritten werden.

Mehr Freiheit für die Hochschulen heißt Stärkung der Autonomie der Hochschulen und ihrer Wettbewerbsfähigkeit durch Rücknahme staatlicher Eingriffsrechte. Die Hochschulen sollen die volle Personalhoheit, Tarifautonomie und Organisationsgewalt erhalten und von der Gängelung durch die Senatsverwaltung für Wissenschaft befreit werden. Das Hochschulrahmengesetz ist abzuschaffen!

Mehr Freiheit heißt auch mehr Verantwortung und Wettbewerb! Die Hochschulen sollen sich als Dienstleister der Nachfrage seitens der Studierenden stellen, aber auch über deren Zulassung zur Hochschule entscheiden (Abschaffung der ZVS). Jede Hochschule soll nach Vorstellung der F.D.P. Berlin unabhängig ihr Angebot gestalten. Zur internationalen Vergleichbarkeit und Wettbewerbstätigkeit ist es wünschenswert, daß die Hochschulen neue Abschlüsse, wie den "bachelor" und "master" anbieten. Eine Akkreditierungskommission legt die erforderlichen Mindeststandards fest.

Unsere Hochschulen brauchen mehr Geld! Der Staat soll in Zukunft 90 % der bundesweiten Durchschnittskosten eines Studienganges über Bildungsgutscheine finanzieren. Damit werden die Einnahmen der Hochschulen an die Studienentscheidung der Studierenden gekoppelt. Außerdem sollen die Studierenden - z.B. durch regelmäßige Evaluation - Einfluß auf die Qualität der Lehre ausüben können. Den Hochschulen wird freigestellt, zusätzliche Mittel über Studiengebühren einzunehmen. Hierfür wollen wir ein Darlehenssystem schaffen, mit dem die Studierenden die Gebühren finanzieren können. Das Studiendarlehen ist in Anhängigkeit vom späteren Einkommen zurückzuzahlen, um einen sozial gerechten Ausgleich der Studienkosten sicherzustellen.

Forschung muß sich messen lassen! Die finanziellen Mittel für die Forschung sind in stärkerem Maße leistungsorientiert zu vergeben. Die Sonderforschungsmittel des Landes Berlin sollen in eine neu zu gründende Stiftung fließen. Sie finanziert einzelne Projekte

nach wissenschaftlicher Begutachtung. Die Projektvergabe bleibt der Wissenschaft überlassen (DFG-Modell).

Mehr Freiheit für die Bürger " - Neuer Schwung durch die Berliner F.D.P.

Jede Stimme für die F.D.P. ist ein Denkmittel für die Große Stillstandskoalition! Jede Stimme für die F.D.P. ist eine Stimme gegen die rot-grüne Unsicherheitspolitik - und ein "Nein" für mehr Einfluß der PDS!

Mit Ihrer Stimme für die F.D.P. geben Sie der Freiheit eine Chance!

Wir setzen auf Ihre Kreativität und Ihr Engagement, um Berlin den nötigen Entwicklungsschub zu geben.

Handeln Sie, wählen Sie am 10. Oktober

Liberalen ins Abgeordnetenhaus !